

# **Resolution des Syndikatstages „Öffentliche Dienste“ vom 1. Oktober 2011**

## **Hochwertige öffentliche Dienstleistungen bedeuten eine demokratische und sozialgerechte Gesellschaft!**

Die vorherrschende neoliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik hat in Europa eine Krise der öffentlichen Haushalte und Schulden ausgelöst. Sie droht nun auch zur politischen Krise zu führen. Wer allerdings in diesem unsicheren europäischen Umfeld das soziale und demokratische Europa sucht, wird nicht fündig.

Im Gegenteil! Die von Brüssel aus propagierte ungerechte Austeritätspolitik, Liberalisierungs- und Wettbewerbslogik schaden der sozialen und demokratischen Entwicklung Europas. Der sogenannte Europluspakt mischt sich in die nationale Lohnpolitik ein. Dieser bedeutet einen Angriff auf die Lohnindexierungssysteme, auf nationale Lohnverhandlungen, Druck auf die Lohnentwicklung im öffentlichen Dienstleistungsbereich mit dem Ziel Lohnentwicklung zu bremsen, bzw. die Löhne zu senken. Zusätzlich schreibt der Europluspakt eine Senkung der Pensionsrechte und eine Verlängerung des Pensionsalters fest.

Das SÖD/OGBL warnt vor den negativen Folgen dieser europäischen neoliberalen Politik. Öffentliche Dienstleistungen wie Telekommunikation, Briefpost, Wasser- und Energieversorgung, öffentliche Verkehrsmittel, sowie bestimmte Dienstleistungen in den sozialen und gesundheitlichen Sektoren werden zunehmend liberalisiert. Die Folgen für uns Bürger sind:

- die Verschlechterung der Lebensbedingungen durch geringe Dienstleistungsqualität
- hohe Gebühren
- begrenzte Zugangsmöglichkeiten zu öffentlichen Dienstleistungen
- Entlassungen, Lohnkürzungen sowie mangelnde Arbeitsplatzsicherheit
- zunehmende soziale Prekarität

Wie die aktuelle weltweite Finanzkrise zeigt, kann auf den Staat nicht verzichtet werden, wenn es um die Absicherung der Interessen der Bürger und Arbeitnehmer geht. Die Rezepte der Neoliberalen, alle Dienstleistungen den Markt- und Wettbewerbsregeln zu unterwerfen und die staatlichen Stellen so schlank wie möglich zu machen, sind fehlgeschlagen.

Das SÖD/OGBL fordert:

- eine bessere Umverteilung des erwirtschafteten Mehrwerts durch eine offensive Lohnpolitik in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes.
- die Gleichheit der Löhne und Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes durch eine Konvergenz nach oben.
- die strikte Einhaltung der bestehenden Kollektivverträge.
- die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine offensive Einstellungspolitik im öffentlichen Sektor.

- die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die wirksame Bekämpfung von Stress und Mobbing.
- mehr Effizienz und Demokratie durch verbesserte Mitbestimmungsrechte,
- die Berücksichtigung der übergreifenden Repräsentanz des OGBL im ganzen öffentlichen Dienstleistungsbereich und die damit verbundene Teilnahme des OGBL an sämtliche Verhandlungen im Öffentlichen Dienst.